

Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V. zum Auslaufen des Freiwilligendienst aller Generationen zum 31. Dezember 2011

Die Bundesregierung lässt den „Freiwilligendienst aller Generationen“ Ende 2011 auslaufen. Seine Strukturen sollen anschließend in das Folgeprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ überführt werden (siehe http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_04/2011_144/03.html). Dazu erklärt der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V.:

Die bagfa bedauert außerordentlich, dass nicht gelungen ist, eine dauerhafte Struktur für niedrighschwellige, flexible Freiwilligendienste zu schaffen. Obwohl in den vergangenen Jahren im Rahmen von Bundesprojekten eine sehr deutliche Bereitschaft in der Bevölkerung dafür erkennbar geworden ist, hat die Bundesregierung erprobte Ansätze eines verlässlichen Engagements - jenseits der Jugendfreiwilligendienste und unterhalb eines an der Erwerbsarbeit orientierten Zeitumfangs - nicht in eine regelhafte Form überführt.

Die bagfa befürchtet, dass vor allem damit die Chancen ungenutzt bleiben, Menschen über 27 Jahre für ein strukturiertes Engagement mit einem hohen Grad an Verbindlichkeiten zu gewinnen. Mit dem Bundesmodellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ (GÜF) und dem Bundesprogramm „Freiwilligendienste aller Generationen“ (FDaG) sind Formate des bürgerschaftlichen Engagements erprobt worden, die vorrangig Personen während und nach der Erwerbsphase angesprochen haben. Außerdem konnten bislang ungenutzte Engagementpotenziale geborgen werden: Rund 44 Prozent dieser Freiwilligen engagieren sich nach Regierungsangaben erstmalig bürgerschaftlich. Ein toller Erfolg, der zeigt, dass sich der FDaG als sinnvolle Struktur für die Bewältigung biographischer Übergänge (Erwerbslosigkeit, Elternzeit, Übergang von Berufstätigkeit in Ruhestand) erwiesen hat und gerade die Zielgruppen anspricht, die sich bislang eher nicht oder kaum engagieren.

Deshalb hält es die bagfa auch für dringend erforderlich, dass die Bundesregierung eine nachhaltige Rahmenregelung und entsprechende Fördermodalitäten für einen Freiwilligendienst unterhalb von 20 Wochenstunden auf den Weg bringt. Ähnlich wie die Jugendfreiwilligendienste und der Bundesfreiwilligendienst wäre für einen niedrighschwelligen flexiblen Freiwilligendienst eine gesetzliche Struktur erforderlich, die neben einer finanziellen Förderung durch den Bund das Verhältnis zwischen Freiwilligen, Einsatzstellen und Trägern regelt wie auch den Versicherungsschutz, die Qualifizierung und die Aufwandsentschädigung.

Nur durch eine solche regelhafte Form kann die Nachhaltigkeit dieser Engagementform etabliert werden. Das wiederum zeitlich befristete Modellprogramm der Mehrgenerationenhäuser ist dafür ungeeignet. Es braucht ein klares Signal an die Bürgerinnen und Bürgern, dass die Politik ihr Engagement in Form eines Freiwilligendienstes schätzt und ihnen die Grundlagen sichert, die für die Freiwilligendienstleistenden, die Trägerorganisationen und die Einsatzstellen Verbindlichkeit und Planungssicherheit ermöglichen. Mit einem solchen niedrighschwelligen, flexiblen Freiwilligendienst würde auch das Engagement und Ehrenamt vor Ort eine Stärkung erfahren, vor allem dort wo bereits Strukturen dafür im Rahmen der Modellmaßnahmen geschaffen wurden.

Dies gilt etwa für die lokal und regional tätigen Mitglieder der bagfa, die langjährige Erfahrungen für einen flexiblen Freiwilligendienst für alle Altersgruppen gemacht haben. Sie verfügen über etablierte engagementfördernde Strukturen, bewährte Qualitätsstandards und können auf erfahrene Berater/innen-Teams für die Umsetzung von Freiwilligendiensten für Menschen aller Altersgruppen zurückgreifen.

Diese mühsam, mit erheblichen Mitteleinsatz, aufgebauten Strukturen werden nun wieder eingerissen, denn ob und wie eine sinnvolle Verknüpfung mit dem Programm Mehrgenerationenhäusern gelingt, ist mehr als fraglich.